

Schweiz

«Ich weiss, bei einigen kommt das nicht gut an»

Elisabeth Baume-Schneider Die jurassische SP-Ständerätin geht als Aussenseiterin in die Bundesratswahlen. Sie sieht sich als Vertreterin einer weniger privilegierten Schweiz – und ist bereit, auch Kritik einzustecken.

**Florent Quiquerez,
Charlotte Walser
und Philippe Reichen, Bern**

Frau Baume-Schneider, nach einem veritablen Wahlkrimi hat die SP-Fraktion Sie auf ihr Bundesratsticket gesetzt. Sind Sie nun total entspannt oder erst recht aufgeregt?

Ich bin sehr gespannt, was in den nächsten Tagen passieren wird. Zum einen freue ich mich enorm, zum anderen packe ich das alles mit grosser Seriosität an.

Wie werden Sie bürgerliche Politikerinnen und Politiker von sich überzeugen?

Ich bin seit drei Jahren in Bern, präsidiere die ständerätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie und höre stets aufmerksam zu, was meine Kolleginnen und Kollegen im Rat sagen. In der politischen Aktualität bin ich also voll drin. Ich kann mich nicht vorstellen, sondern werde versuchen, zu erklären, was meine politische Identität ist, wie ich arbeite und dass ich als Vertreterin der linken Minderheit in der jurassischen Regierung immer mit der bürgerlichen Mehrheit zusammengearbeitet habe. Ich muss zeigen, dass man auf mich zählen kann, wenn das Parlament mich in den Bundesrat wählt.

Nun gibt es Vertreter der Bürgerlichen, die sagen: Drei Vertreter der lateinischen Schweiz sind genug, für eine Romande hat es keinen Platz. Was entgegnen Sie diesen Leuten?

Ich respektiere die Meinung, teile sie aber nicht. Ein Ziel der letzten Verfassungsreform von 1999 war, die Zusammensetzung des Bundesrats zu modernisieren und flexibler zu machen. Bis dahin war es verboten, dass zwei Vertreter desselben Kantons in der Regierung sitzen. Seither gibt es bei der Zusammensetzung keine obligatorischen Normen mehr. Es heisst bloss, auf die angemessene Vertretung



Sie gehen für die SP ins Rennen: Eva Herzog (links) und Elisabeth Baume-Schneider, hier beim Hearing der Partei. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

der verschiedenen Landesgegenden und Sprachregionen sei Rücksicht zu nehmen.

Trotzdem würde Ihre Wahl zu einer lateinischen Mehrheit im Bundesrat führen. Ist das gut für das Gleichgewicht des Landes?

Natürlich ergäbe sich eine lateinische Mehrheit, aber dies auch nur für eine begrenzte Zeit. Ich plädiere dafür, den Bundesrat als lebendigen Organismus zu sehen, der Ressourcen, Erfahrungen und Kompetenzen braucht. Im Übrigen hat die Schweiz lange Zeiträume ohne Vertreter des Tessins erlebt, auch eine Form der Ungerechtigkeit. Fairness ist keine mathematische Korrelation mit der Bevölkerungszahl.

Es ist die Aufgabe der Bundesversammlung, eine Wahl zu treffen.

Was ist Ihre Botschaft an die Deutschschweizer, die 70 Prozent des Landes ausmachen?

Ich weiss, dass meine Kandidatur bei einigen Parlamentariern nicht gut ankommt. Aber nochmals: Der Bundesrat ist ein lebendiger Organismus, den man nicht in einer starren oder mathematischen Weise betrachten sollte. Als Vertreterin der Peripherie trage ich zu dessen Gleichgewicht bei. Heute leben fünf Bundesräte auf der Achse Genf–St. Gallen, aber nur einer, Ignazio Cassis, kommt von der Achse Basel–Chiasso. Ich halte mich für legitimiert, den gesamten Jurabogen zu vertreten,

und habe auch zwei Jahre lang die Nordwestschweizer Regierungskonferenz präsidiert.

Sie sagen, Sie würden eine Übergangsbundesrätin sein. Soll das die Deutschsprachigen beruhigen?

Nein, das hat eher mit meinem eigenen Lebenslauf zu tun. An Weihnachten werde ich 59 Jahre alt. Ich kann mir nicht vorstellen, mit 70 Jahren Bundesrätin zu sein. In sechs Jahren werde ich das gesetzliche Rentenalter erreichen. Ich möchte durchaus zwei Legislaturperioden lang im Parlament sitzen. Aber wir müssen davon wegkommen, dass Leute 15 Jahre lang ein politisches Amt ausüben. Mir persönlich hat es sehr gutgetan, die Po-

litik für vier Jahre zu verlassen und die Fachhochschule für Soziales in Lausanne zu leiten. Das ermöglicht es, im wirklichen Leben wieder Fuss zu fassen, und gibt einem neuen Schwung.

Im Jura haben Sie Ihre deutschsprachige Herkunft versteckt. Heute stellen Sie sie in den Vordergrund. Ist das nicht widersprüchlich?

Als Kind war es kompliziert, weil ich für die Autonomie des Juras kämpfte. Ich glaube aber nicht, dass ich meine Herkunft versteckt habe, ich habe sie nur diskret gelebt. Dies hinderte mich nicht daran, die zweisprachige Matura einzuführen und in der Schule Kurse über die deutschsprachige Kultur zu organisieren.

Ich glaube sogar, dass ich dazu beigetragen habe, das Deutsche als Sprache des «Unterdrückerkantons» zu entdramatisieren.

Sie sind die Tochter eines Bauern. Was hat Sie das gelehrt?

Den Pragmatismus. Die Arbeit auf dem Bauernhof hat mir geholfen, Verantwortung zu übernehmen. Und ich konnte sehen, dass das, was ich tat, für das Familienleben wichtig war. Ich habe übrigens heute noch Schwarznasenschafe. Früher beschäftigten wir immer auch Landarbeiter, mit einigen von ihnen haben wir noch heute Kontakt. Damals verstand ich dieses Saisonierstatut nicht. Dass diese Menschen ihre Familien nicht mitbringen konnten, fand ich ungerecht. Das hat mich auch politisch geprägt.

Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat könnten dazu führen, dass Sie das Justiz- und Polizeidepartement erben. Würde Ihnen das passen?

Ich stelle keine Ansprüche. Alle Departemente bieten die Möglichkeit, sich zu beweisen, eine bestimmte Arbeitsweise einzubringen und Dossiers voranzutreiben. Die Migration ist eine spannende Sache. Die Zustimmungslösung im Schweizer Sexualstrafrecht und die rechtlichen Auswirkungen einer Geschlechtsumwandlung ebenfalls. Das sind aus juristischer Sicht sehr anspruchsvolle Themen, die sich direkt auf das Leben der Menschen auswirken. Darüber hinaus ist es ein Departement, das sich intensiv um die Beziehungen mit der EU kümmert.

Mit dem Krieg in der Ukraine ist das Departement zurzeit stark gefordert. Sind Sie bereit, harte Kritik einzustecken?

Wenn man mich wählt, dann nicht, um eine Schönwetter-Bundesrätin zu haben. Ich habe schon harte Kritik einstecken müssen. Ich kann zwischen Kritik an mir persönlich und Kritik an meiner Tätigkeit unterscheiden.

Wo sich die SP-Kandidatinnen unterscheiden

Bundesratswahl Die Positionen von Eva Herzog und Elisabeth Baume-Schneider weichen in einem interessanten Aspekt voneinander ab.

Die SP-Fraktion hat am Samstag entschieden, wen sie ins Rennen um die Nachfolge von Simonetta Sommaruga schickt: die 60-jährige Basler Ständerätin Eva Herzog, die von Anfang an als Favoritin galt, und die 58-jährige jurassische Ständerätin Elisabeth Baume-Schneider, die in der Aussenseiterrolle war. Nicht aufs Ticket kam die 44-jährige Berner Regierungsrätin Evi Allemann.

Die besseren Chancen hat weiterhin Herzog – schon allein deswegen, weil Baume-Schneider aus einem französischsprachigen Kanton kommt. Mit ihr wären die Deutschschweizer im Bundesrat in der Minderheit. Das wäre nicht das Ende der Schweiz, sagte SP-Fraktionschef Roger Nordmann. Es habe auch schon Zeiten mit nur einem oder zwei Romands gegeben.

Das sehen nicht alle so. «Unsere Anforderung ans SP-Ticket

ist nicht erfüllt», sagte FDP-Vizepräsident Andrea Caroni der «SonntagsZeitung». Wie die FDP mit dem Entscheid der SP umgeht, wird die Fraktion morgen entscheiden. Sie bleibe aber bei ihrer Position, sagte Fraktionschef Damien Cottier gestern: «Gemäss der Verfassung, die eine ausgeglichene Verteilung der Sitze nach Regionen und Sprachen verlangt, handelt es sich klar um einen Deutschschweizer Sitz.»

Er werde vorschlagen, dass die Fraktion beide Kandidatinnen anhöre, so Cottier. Persönlich schätze er Baume-Schneider und halte sie für eine valable Kandidatin – aber nicht für die jetzige Vakanz, sondern für die Nachfolge von Alain Berset.

Das politische Profil

In den Hearings wird es indes nicht bloss um die Herkunft, sondern auch um das politische

Profil der Kandidatinnen gehen. Eva Herzog werden im bürgerlichen Lager gute Chancen eingeräumt, weil sie als die rechtere der beiden Kandidatinnen gilt. Sie ist Mitglied der SP-Reformplattform und hat als Basler Finanzdirektorin für die Unternehmenssteuerreform III gekämpft, die ihre Partei ablehnte. Auch bei der Umsetzung der OECD-Mindeststeuer wich sie von der Parteilinie ab.

Elisabeth Baume-Schneider dagegen war in ihrer Jugend in der marxistischen Liga. Davon hat sie sich inzwischen zwar abgewendet. Als linkere Kandidatin gilt sie trotzdem. Doch ist sie das auch bei anderen Themen als der Steuerpolitik? Einen Vergleich ermöglichen die Antworten der beiden Kandidatinnen auf die Fragen von Smartvote. Auf den ersten Blick haben Herzog und Baume-Schneider ein sehr

ähnliches Profil, ein klassisch linkes. Abweichungen gibt es dennoch. Dabei vertritt Baume-Schneider allerdings nicht linkere Positionen als Herzog, sondern ländlichere.

Verkehr, Landwirtschaft, 5G

So möchte Baume-Schneider im Gegensatz zu Herzog die Bundesmittel für den Strassenverkehr nicht kürzen. Anders als Herzog lehnt sie auch die Einführung von Roadpricing auf viel befahrenen Strassen ab. Weiter befürwortet Herzog klar eine CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel. Baume-Schneider ist bloss «eher» dafür. Sie nutzt bei dieser Frage die Kommentarfunktion und merkt an, die Dichte des ÖV-Netzes sei zu berücksichtigen. Für Regionen, in denen man schwer auf das Auto verzichten könne, sei eine CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel ungerecht.

Dass Baume-Schneider aus einer Randregion kommt, widerspiegelt sich auch in ihren Antworten zu Landwirtschaftsfragen. Für die Jurassierin ist Landwirtschaft wichtiger als für die Baslerin Herzog, sie möchte die Mittel dafür nicht kürzen. Geht es nach Herzog, gibt der Bund zu viel Geld für die Landwirtschaft aus. Auf die Frage, ob nur noch Landwirte Direktzahlungen erhalten sollen, die auf synthetische Pestizide verzichten, antwortet Herzog allerdings mit «eher Nein». Baume-Schneider sagt «eher Ja».

Unterschiedliche Positionen vertreten die beiden Kandidatinnen ausserdem beim Finanzausgleich zwischen den Kantonen. Herzog aus dem reichen Kanton Basel-Stadt befürwortet eine weitergehende Reduktion der Beitragszahlungen finanzstarker Kantone an finanzschwache.

Baume-Schneider aus dem armen Kanton Jura lehnt das ab.

Ein weiterer Unterschied: Elisabeth Baume-Schneider ist technologieskeptischer als Eva Herzog. Sie spricht sich dagegen aus, dass der Ausbau des Mobilfunknetzes nach 5G-Standard vorangetrieben wird. Herzog hingegen befürwortet den 5G-Ausbau. Bei der Digitalisierung weist Baume-Schneider auf die sozialen Konsequenzen hin.

Bald haben die Kandidatinnen der SP sowie die Kandidaten der SVP Gelegenheit, ihre Positionen zu erläutern: Sie werden den Fraktionen am Dienstag der ersten und der zweiten Woche der heute beginnenden Wintersession Rede und Antwort stehen. Am 7. Dezember wählt die Bundesversammlung die neuen Mitglieder des Bundesrates.

Charlotte Walser